

Pressemitteilung 16.02.2004

## Der Protest geht weiter!

Die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros Niedersachsen bezeichnet die Entscheidung der Landesregierung zur Novellierung des „Frauenbeauftragtengesetzes“ als „Schlag ins Gesicht der Frauen- und Gleichstellungspolitik“.

Heute werden ein großer Teil der Protestpostkarten, die bei der LAG als Reaktion auf die beabsichtigte Novellierung des „Frauenbeauftragtengesetzes“ eingingen vor der Staatskanzlei an deren Leiterin, Frau Staatssekretätin Dr. Wurzel übergeben. Frau Dr. Wurzel nimmt die Karten in Vertretung von Ministerpräsident Wulf in Empfang.

Nicht nur Prominente haben protestiert, wie in der Presse bereits zu lesen, Nina Hagen, Eva-Maria Hagen, Lisa Fitz, die Spielerinnen der deutschen Fußball-Nationalelf.

Vom Regionspräsidenten ist eine Postkarte dabei, von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, von Mitgliedern der Räte, von Beschäftigten in den Verwaltungen, von Frauen und Männern, die in den letzten Wochen die Frauenbüros wegen ganz verschiedener Anliegen aufgesucht haben, als ratsuchende Bürgerin oder Vertretung einer kooperierenden Einrichtung.

Große Verbände protestieren gegen diesen frauenpolitischen Kahlschlag. Der niedersächsische Landesfrauenrat, der Sozialverband, der Paritätische, Gewerkschaften. Die Oppositionsparteien SPD und Grüne, aber auch die Frauenunion, die Frauenorganisation der Regierungspartei, protestiert und auch die Liberalen Frauen sind nicht glücklich über den sogenannten Kompromiss.

Kontakt: LAG, p.A.: Vernetzungsstelle, Sodenstr. 2, 30161 Hannover  
Tel.: 0511 / 33 65 06-27, Fax: 0511 / 33 65 06-36, E-Mail: [LAG@Vernetzungsstelle.de](mailto:LAG@Vernetzungsstelle.de),  
Internet: [www.frauenbeauftragte-niedersachsen.de](http://www.frauenbeauftragte-niedersachsen.de)

Die lag-Sprecherinnen / Ihre Ansprechpartnerin:

☐ **Katrin Morof**  
LK Helmstedt  
Südtor 6  
38350 Helmstedt  
**Fon (05351) 121-1212**  
Fax (05351) 121-1626

☐ **Christina Runge**  
LK Diepholz  
Niedersachsenstr. 2  
49356 Diepholz  
**Fon (05441) 976-1080**  
Fax (05441) 976-1774

☐ **Anna Maria Schmitz-Hülsmann**  
Stadt Osnabrück  
Bierstraße 33-36  
49074 Osnabrück  
**Fon (0541) 323-4441**  
Fax (0541) 323-154441

☐ **Silke Tödter**  
LK Peine  
Burgstr. 1  
31224 Peine  
**Fon (05171) 401-257**  
Fax (05171) 401-271

☐ **Rosita Wismach**  
LK Northeim  
Medenheimer Str. 6-8  
37154 Northeim  
**Fon (05551) 708-390**  
Fax (05551) 708-9131

☐ **Almut von Woedtke**  
Landkreis Hildesheim  
Bischof-Janssen-Str. 31  
31132 Hildesheim  
**Fon (05121) 309-316**  
Fax (05121) 309-145

„Alle, die wissen, wie wichtig institutionalisierte Frauenpolitik ist, sind entsetzt über die Absichten der Landesregierung, aber die Landesregierung zeigt, was ihr Gleichberechtigung von Mann und Frau wert ist – nämlich Nichts!

Allein dies schon beweist, wie nötig wir eine institutionelle Gleichstellungsarbeit brauchen!“, so LAG-Sprecherin Almut von Woedtke.

Der Vorschlag sei völlig inakzeptabel. Die befürchtete Rolle rückwärts in der Frauenpolitik habe stattgefunden. „Uns ist unbegreiflich, wie sich Ministerin Frau von der Leyen hierauf habe einlassen können, nachdem doch eine akzeptable Lösung von ihr eingebracht worden sei“, so die LAG-Sprecherin.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung stehen, dass er mit den Gleichstellungsbeauftragten gut zusammenarbeiten will. „Wenn es demnächst nicht mehr so viele gibt, hat er es leichter. Wir hatten das anders verstanden“.

Die Akzeptanz der Frauenbeauftragten soll erhöht werden, heißt es. Wenn es überhaupt in manchen Orten Probleme mit der Akzeptanz der Arbeit der Frauenbeauftragten gibt, liegt das an fehlender Unterstützung durch Politik und Verwaltung.

An dem Schwerpunkt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, der neu in das Gesetz aufgenommen werden soll, arbeiten Frauenbeauftragte ständig. Dies sei kein neuer Gedanke.

Die Möglichkeit zur Abwahl mit einfacher Mehrheit setzt die Frauenbeauftragte der wechselnden parteipolitischen Mehrheiten aus und unterhöhlt ihre Weisungsunabhängigkeit. Eine polemisch in die Diskussion gebrachte „Wahl auf Lebenszeit“ hat es nie gegeben. Die Frauenbeauftragte wird unbefristet eingestellt, wie alle Beschäftigten auf Planstellen, und kann mit 2/3-Mehrheit vom Rat von ihrem Amt als Frauenbeauftragte abgewählt werden.

Die Äußerung des Städte- und Gemeindebundes zur Regierungsentscheidung, es gäbe gute Erfahrung mit der Arbeit der ehrenamtlichen Frauenbeauftragten können die Sprecherinnen nur polemisch nennen: „Solche Erfahrung liegen mit Städten über 50.000

Einwohnerinnen und Einwohnern noch nicht vor. Oder sollen die Stadt Wolfenbüttel und die Gemeinde Holle in einen Topf geworfen werden?“

Die LAG geht von einem ergebnisoffenen Anhörungsverfahren aus, „wie es in einem demokratischen Staat zu erwarten ist“. Weiterer Protest wird angekündigt.